Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 12

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VOR EINER REZESSION?

Wer heute den Versuch unternimmt, die bevorstehende konjunkturelle Entwicklung abzuschätzen, steht vor ungewöhnlichen Schwierigkeiten. Die Unsicherheiten, und zwar sowohl die national wie die international bedingten, sind ausserordentlich gross. Und dies um so mehr, als die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Monaten in erheblich stärkerem Masse, als dies «normalerweise» der Fall zu sein scheint, von politischen Sturmböen erfasst worden ist. Die Stichworte zur Charakterisierung dieses Tatbestandes müssten etwa lauten: Turbulenz um die Erdölversorgung, um die Energiepolitik ganz allgemein, Existenzkrise der Europäischen Gemeinschaften, Lohnkämpfe in Grossbritannien, die das Verbleiben der konservativen Regierung an der Macht in Frage stellen, Streikaktionen in der Bundesrepublik, wie sie in dieser Intensität im Laufe der Nachkriegszeit kaum je zu beobachten waren, soziale Unruhen in Italien usw. Das Gefühl, die wirtschaftliche Entwicklung in der westlichen Welt sei an einem Wendepunkt angekommen, ist offenbar – und nicht völlig zu Unrecht – weit verbreitet.

Zwei Trends scheinen sich mit einiger Klarheit abzuzeichnen. Einmal eine stärkere Betonung der nationalen Interessen, deutlich sichtbar am Verhalten einiger Industriestaaten in der Erdölfrage, sodann eine hektischere Gangart in den einkommenspolitischen Aktivitäten, die ihren Nährboden natürlich in der unbewältigten Inflation haben. Sie bestätigen die «alte Regel», dass der Kampf um die Einkommensverteilung um so leidenschaftlicher geführt wird, je stärker die Geldentwertung voranschreitet. Wirtschaftlich relevantes Verhalten degeneriert dann immer mehr zu einer reinen *Machtfrage*. Allerdings ist die Schweiz von sozialen Unruhen bisher verschont geblieben. Aber die mit der sozialen Unrast in unseren Nachbarstaaten verbundene Unsicherheit hat auch auf das Stimmungsbild in unserem Lande übergegriffen.

Rezession also? Diese Frage liegt in der Luft, obwohl darüber, was eigentlich unter Rezession zu verstehen ist, in weiten Kreisen der Öffentlichkeit keine klaren Vorstellungen bestehen. Was ist Rezession überhaupt? Im allgemeinen wird darunter eine drastische *Verlangsamung* des wirtschaftlichen Wachstums, gemessen am Bruttosozialprodukt, verstanden. Das Bruttosozialprodukt widerspiegelt bekanntlich die Summe der wirtschaftlichen Leistungen während einer bestimmten Periode. Rezession bedeutet also, global betrachtet, Leistungsabfall. Dies trifft nun für den Fall der Schweiz zweifellos zu. Die Kommission für Konjunkturfragen prognostiziert für das laufende Jahr noch ein reales Wachstum von 1,8 Prozent, was tatsächlich keineswegs mehr sehr komfortabel ist, andererseits aber auch keine Katastrophe bedeutet. Vergleichsweise würde dies etwa der Situation des Jahres 1967

entsprechen. Gesamtwirtschaftlich ist also der Tatbestand der Rezession zu erwarten.

Die Wachstumsverlangsamung breitet sich jedoch, wenn sie sektoral betrachtet wird, nicht gleichmässig über die ganze Wirtschaft aus. Der Druck auf die Leistungsverlangsamung weist branchenmässig Unterschiede auf. Ganz eindeutig ist beispielsweise ein Druckabfall im Baugewerbe nicht erst zu erwarten, sondern bereits eingetreten. Dies lässt sich nicht nur an den Statistiken und am wiedererwachten Wettbewerb in dieser Branche ablesen. Der aufmerksame Beobachter der Wohnungsmarktlage etwa kann leicht feststellen, dass es nunmehr selbst in grösseren Ballungszentren nicht mehr so ganz leicht ist, auch relativ preisgünstige Wohnungen zu vermieten oder zu verkaufen. Das ungewohnte Bild von seit Monaten leerstehenden Wohnblöcken ist nicht mehr selten. Zeichnet sich eine Wende am Wohnungsmarkt ab, und zwar eine Wende, die von der Marktseite her erzwungen wird? Sind dies die ersten Signale einer beginnenden Marktsättigung und damit auch eines reduzierten Produktionsvolumens im Baugewerbe? Da der Wohnungsbau für einen sehr grossen Teil des gesamten Bauvolumens verantwortlich zeichnet, könnte ein solcher Trendumschlag nicht ohne Folgen für den Beschäftigungsstand der Bauwirtschaft bleiben. Und dies um so mehr, als gegenwärtig auch der industriell-gewerbliche Bau als «dynamische» Nachfragekomponente sich auf einem eher niedrigen Niveau bewegt und damit natürlich die vorsichtige und zurückhaltende unternehmerische Investitionsneigung spiegelt.

Auf der anderen Seite gibt offenbar die Lage in der Exportindustrie nicht unmittelbar Anlass zu Sorgen. Gewiss, die Erwartungen scheinen in den einzelnen Exportsektoren durchaus nicht gleichgerichtet, im grossen und ganzen aber doch nicht ungünstig zu sein. Diese Annahme wird durch die tatsächliche Entwicklung der Exporte, soweit sie sich in den Statistiken spiegelt, bestätigt, was im Blick auf die Wechselkursänderungen, die im Laufe des vergangenen Jahres eintraten, nicht ohne weiteres vorauszusehen war. In der Exportindustrie sind deshalb auch die Erwartungen von einem gedämpften Optimismus getragen. Im Blick auf den Auftragsbestand scheint die Beschäftigungslage in diesem Sektor zumindest für das laufende Jahr gesichert zu sein. Deshalb kommt auch die Kommission für Konjunkturfragen zum Schluss, dass in unserem Lande keine unmittelbare Gefährdung von Arbeitsplätzen besteht. Es sind zwar Symptome einer Rezession erkennbar; sie dürften im Falle der Schweiz jedoch keine drastischen beschäftigungspolitischen Rückwirkungen auslösen.

Dies alles spielt sich aber in einem Klima anhaltender inflationärer Fieberstösse ab. Trotz rückläufigem Wachstum ist nicht mit einem raschen Abklingen der Geldentwertung zu rechnen. Der Index der Grosshandelspreise – normalerweise ein Vorläufer für die Entwicklung bei den Einzelhandelspreisen – hat mit rund 15 Prozent einen neuen Rekordstand erreicht, der an südamerikanische Verhältnisse erinnert. Die Schweiz ist nicht mehr sehr weit vom Zustand der *Stagflation* entfernt. Die Quellen der Inflation sind allerdings weiterhin vielfältig, wobei unter ihnen die überproportional steigenden Löhne offenbar keine geringe

Rolle spielen. Stagflation oder angenäherte Stagflation ist aus diesem Grunde der Wegbereiter der Einkommenspolitik, das heisst einer direkten wirtschaftpolitischen Beeinflussung der Preise und der Löhne sowie aller anderen Einkommenskategorien.

Die Schweiz befindet sich ebenfalls bereits auf dem Wege einer «ausgereifteren» Einkommenspolitik. Die moderierte Überwachung der Preise soll nach dem Willen des geplagten Preisüberwachers nunmehr auch durch eine Lohnpolitik ergänzt werden, die dafür zu sorgen hat, dass die individuellen Einkommenserhöhungen die Grenze von 10 Prozent nicht mehr übersteigen. Als Mittel ist eine Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen vorgesehen.

Entscheidend für die Dämpfungswirkung ist jedoch nicht das Niveau der individuellen Einkommen, sondern vielmehr das globale, gesamtwirtschaftliche Einkommensvolumen. Alle Erfahrungen mit einer direkten Lohnpolitik lehren, dass dieses Ziel kaum integral zu erreichen ist, weil das Phänomen des sogenannten «Wage drift», das heisst das Ausweichen auf Lohnnebenleistungen, eine ausreichende Stabilisierung eben des globalen Einkommensvolumens verhindert. Und dies dürfte im Falle der helvetischen Einkommenspolitik um so mehr der Fall sein, als sie bereits in ihrer Konzeption die Kompensierung von speziellen Teuerungsfaktoren zulässt. Man wird deshalb wohl in diese Form der Teuerungsbekämpfung nicht allzu grosse Hoffnungen investieren dürfen.

Alles in allem genommen ist die Prognose zu wagen, dass das wirtschaftliche Klima zwar einiges rauer werden wird, ohne jedoch in eine eigentliche Schlechtwetterlage umzuschlagen. Die Energiekrise hat dazu beigetragen, dass erstmals in der Nachkriegsentwicklung der Glaube an ein «ewig» anhaltendes konjunkturelles Hoch eine Erschütterung erfahren hat. Die Euphorie, die sich in der Atmosphäre der konjunkturellen Expansion ausbreitete, macht mehr und mehr einer Ernüchterung Platz. Die erhöhte Unsicherheit paart sich mit dem Bewusstsein, dass der Wohlstand kein Geschenk des Himmels ist, sondern entscheidend von der Gangart der wirtschaftlichen Entwicklung abhängt. Schon dieser Stimmungsumschwung allein ist keineswegs negativ zu werten.

Willy Linder

SOWJETISCHE STREIFLICHTER: «VOLKSUNIVERSITÄTEN»

Entwicklung

Ende der fünfziger Jahre begann man in der Sowjetunion die Volksuniversitäten in ihrer heutigen Form zu errichten. Sie erwiesen sich bald als ein wirksames Mittel zur Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus, und gleichzeitig trugen sie zur theoretisch-politisch-ideologischen Weiterbildung der Erwachsenen bei.

1958 wurden die ersten Kulturuniversitäten für Literatur und Kunst gegründet; bald nachher erschienen die Universitäten für technischen Fortschritt und Wirtschaftswissenschaft.

Anfangs der sechziger Jahre gab es schon spezialisierte Volksuniversitäten für Pädagogik, Wirtschaft, Recht, internationale Politik sowie eine Anzahl grosser «Universitäten» mit mehreren Fakultäten. Heute verfügen die meisten über zwei bis drei Fakultäten und die Fakultäten ihrerseits über eine entsprechende Zahl von Kursen im Rahmen der Kulturpaläste und -heime, der Klubs und Bibliotheken sowie bei Betrieben und Hochschulen. Diese Lehrstätten werden meistens auf Initiative der Gewerkschaften von den kulturell-aufklärerischen Organisationen sowie von den Organen der Volksbildung aufgebaut. Die wichtigste Rolle spielt dabei die sogenannte Allunionsgesellschaft SNANIE (= «Kenntnis»).

Heute unterhalten die Gewerkschaften 7000 Volksuniversitäten mit 1,8 Millionen Hörern, die Gesellschaft SNANIE hat 29000 mit 6,15 Millionen, die Wissenschaftlich-Technische Gesellschaft 3000 Volksuniversitäten mit 750000 Hörern.

Organisation

An der Spitze der Volksuniversität steht ein Rat, der sich aus Vertretern der Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen sowie Wissenschaftlern und Pädagogen zusammensetzt. Dieser Rat prüft die Unterrichtsprogramme und -pläne der eigenen Volksuniversität und berücksichtigt Interessen und Wünsche der Hörer. Als Rektoren werden in der Regel bekannte Gelehrte, Literaten, Künstler und ausgezeichnete Lehrer ernannt.

Mitte der sechziger Jahre gab es Volksuniversitäten beziehungsweise Fakultäten von Volksuniversitäten für 30 Fachgebiete. Am meisten verbreitet waren (und sind) die Kulturuniversitäten mit Fakultäten für Theater, Musik, Film, Literatur, bildende Künste und Architektur. Die Hörer haben neben den Fach-Grundstudien auch Kurse in marxistisch-leninistischer Ethik, kommunistischer Moral sowie in weiteren ideologisch-theoretisch-politischen Disziplinen zu absolvieren.

An den Volksuniversitäten für technischen Fortschritt und Wirtschaft machen sich die Hörer mit einem engeren Fachgebiet der Technik, ferner mit den «Erfahrungen der Neuerer» der Produktion, mit den Erfahrungen der «Brigaden und Betriebe der kommunistischen Arbeit», mit Betriebswirtschaft usw. vertraut. An der Moskauer städtischen Volksuniversität für Technik und Wirtschaft gibt es beispielsweise Fakultäten für Maschinenbau, Gerätebau, elektrischen Maschinenbau, Radioelektronik, Elektronenmaschinenbau, Leichtindustrie, automatisierte Produktionsprozesse, Rechentechnik und schliesslich Fakultäten für «Ingenieurwissenschaften» und Ökonomie.

Die Volksuniversität für technischen Fortschritt im Donezker metallurgischen Kombinat hat 12 Fakultäten mit 4000 Hörern (Sovetskie profsojuzy, Nr. 2/1969, S. 22/23). Die Volksuniversität der «Neuerer der Produktion» im metallurgischen Kombinat der Stadt Kujbyschew hatte 1968 Fakultäten für Giesserei, Wirtschaftswissenschaft, Energetik usw. für 1200 Hörer mit der Aufgabe, diese für neue Berufe auszubilden (Pravda, 11. November 1968, S. 1). Auf dem Lande gibt es vielerorts Volksuniversitäten für Heimatkunde, für wissenschaftlichen Atheismus usw. – meistens im Rahmen des Dorfklubs (Kommunist, Jerewan, 28. Januar 1968, S. 1).

Für die Jugend werden spezielle Volksuniversitäten, die sogenannten Lenin-Volksuniversitäten eingerichtet. Heute gibt es ihrer 1300 mit 220000 Hörern. Hier lernt die Jugend das Leben und die Arbeit Lenins sowie die Leninsche Ideologie und Theorie kennen. Die Unterrichtsdauer beträgt zwei Jahre, und der Unterricht besteht auch hier aus Vorlesungen (Vorträgen), Seminaren, theoretischen Konferenzen usw. (A. Filin, Deine Leninsche Universität, in: Komsomol'skaja Žizn', Nr. 3/1971, S. 21/22, russisch).

An den Volksuniversitäten für Landwirtschaft gibt es gewöhnlich Fakultäten für Agronomie, Gartenbau, Tierhaltung, landwirtschaftliche Mechanisierung und Ökonomie. Die Hörer bekommen eine theoretische Ausbildung und müssen ausserdem in einem Agrarbetrieb ein Praktikum absolvieren. Von Bedeutung sind auch die Volksuniversitäten für Medizin und Pädagogik (Pedagogičeskaja Enciklopedija, Moskau 1966, Bd. III, S. 44–45).

Eine besondere Form der Volksuniversitäten sind die schon in den zwanziger Jahren gegründeten, aber erst anfangs der sechziger Jahre ausgebauten Elternuniversitäten mit Zweijahreskursen. Sie müssen ihre Unterrichtsprogramme und -pläne den lokalen Bedingungen am stärksten anpassen; wenn diese es verlangen, werden neben den allgemeinen Elternuniversitäten auch spezialisierte gegründet, so zum Beispiel Universitäten für das gesellschaftspolitische Wirken der Eltern in den Schulen, Häuserblöcken und Betrieben. Bekannt sind auch die Volksuniversitäten für junge Väter und Müter (ebenda, S. 704).

In die ganze Bildungsarbeit werden zudem Rundfunk und TV eingeschaltet. Das Komitee für Rundfunk und TV der UdSSR lässt Sendungen für die wichtigsten Volksuniversitäten ins Programm aufnehmen. Das Komitee beim Unionsministerrat für Filmproduktion sorgt für Unterrichtsfilme (vgl. Agitator, Nr. 20/1968, S. 2–3).

Zunehmender Vorrang der Ideologie

Bald wurde die erzieherisch-politische Rolle der Volksuniversitäten auf Kosten der sachlichen Unterrichtsfunktion immer mehr in den Vordergrund gestellt. In der ersten Zeit, als Chruschtschew (Parteichef 1953–1964) die Aufmerksamkeit von Partei und Staat auf die Wirtschaft lenkte, mussten sich auch die Volksuniversitäten vor allem mit den Problemen der Produktion beschäftigen. Heute werden sie zunehmend in die ideologisch-politische Erziehung der Bevölkerung eingeschaltet. Der Beschluss des ZK der Partei vom Jahre 1968 betonte in diesem Zusammenhang: Die Volksuniversitäten sind einerseits eine der wichtigsten Formen der ideologischen Arbeit unter den Massen, der Propagierung des Marxismus-Leninismus sowie der Politik von Partei und Staat, andererseits der Verbreitung wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse (Pravda, 11. November 1968, S. 1). Das Hauptgewicht verlagerte sich seit Herbst 1964 stufenweise auf die Ideologie. Wie die Fachliteratur noch 1968 betonte, müssen die Volksuniversitäten zur Liquidierung der Unterschiede zwischen geistiger und physischer Arbeit, zwischen Stadt und Dorf, Jugend und älterer Generation beitragen (Agitator, Nr. 20/1968, S. 2/3). Seitdem wird diese Funktion wesentlich eingeengt.

Die vermehrte «Ideologisierung» der Volksuniversitäten verlangte nach einer verstärkten zentralen Leitung und Kontrolle. Vor 1968 war es ein sogenannter Wissenschaftlich-Methodischer Rat bei der Zentralverwaltung der Gesellschaft SNANIE, welcher die methodische Leitung der Volksuniversitäten innehatte. Ende 1968 wurde an seiner Stelle in Moskau ein Zentralrat der Volksuniversitäten gebildet. Darin sitzen die Vertreter der SNANIE, des Zentralrates der Gewerkschaften, des Unionsministeriums für Kultur, des ZK des Komsomols, des Unterrichtsministeriums, des Ministeriums für Hochschulen und mittlere Fachschulen, der Akademie der Wissenschaften, des Landwirtschafts- und des Gesundheitsministeriums sowie die Vertreter der weiteren, an der Arbeit der Volksuniversitäten interessierten Ministerien (insgesamt 69 Personen).

Der Zentralrat verfügt über mehrere Kommissionen für die Ausarbeitung von Muster-Unterrichtsprogrammen und -plänen für die einzelnen Typen der Volksuniversitäten sowie für die Herausgabe von Lehrbüchern und technischen Unterrichtsmitteln. Die einzelnen Volksuniversitäten müssen ihre eigenen Programme und Pläne im Rahmen der zentralen Musterpläne unter Berücksichtigung der lokalen Forderungen und Bedingungen ausarbeiten.

Dem Zentralrat steht zudem ein «methodisches Kabinett» zur Seite zur Prüfung und Verallgemeinerung der besten Erfahrungen der Volksuniversitäten.

In den jeweiligen Ministerien wurden Räte zur Förderung der im entsprechenden Fachbereich tätigen Volksuniversitäten gebildet. In allen staatlichen Verwaltungseinheiten (Republik, Region, Gebiet, Stadt, Bezirk) gibt es je einen entsprechenden Rat für die Leitung der Volksuniversitäten.

Das grosse Netz der Volksuniversitäten wird aus verschiedenen staatlichen Geldern finanziert. Die Betriebe tragen zur Finanzierung aus ihren eigenen Fonds bei, ausserdem stellen die Gewerkschaften und die übrigen gesellschaftlichen Organisationen aus ihrem Budget einen gewissen Betrag zur Verfügung (Sovetskie profsojuzy, Nr. 2/1969, S. 22/23).

Volksuniversitäten gibt es auch bei den Streitkräften (in den Einheiten, Garnisonen und Militärschulen), vorausgesetzt, dass sich mindestens hundert Personen weiterbilden wollen. Das oben über den Volksuniversitätsrat, die Unterrichtsprogramme und -pläne Geäusserte gilt auch hier.

Die Unterrichtsdauer beträgt an allen Volksuniversitäten ein bis drei Jahre, ein Unterrichtsjahr besteht aus acht bis neun Monaten, und monatlich finden mindestens zweimal Lektionen statt. Das Musterreglement der Volksuniversitäten sieht vor, dass die Absolventen Zeugnisse erhalten sollen.

Volksuniversitäten in einigen Volksdemokratien

In den Volksdemokratien wurde das Netz der Volksuniversitäten noch nicht so gewaltig ausgebaut wie in der UdSSR. Vielleicht ging Polen am weitesten, wo die Gesellschaft für allgemeine Kenntnisse (TWP) für die ausserschulische Weiterbildung von 5 Millionen Staatsbürgern sorgt. Sie verfügt über 3300 sogenannte allgemeine Universitäten, 200 Aufklärungszentren, 700 Kurse und organisiert jährlich etwa 120000

Vorträge. Ihre Klubs sind gleichzeitig Zentralstellen für Weiterbildung in verschiedenen Fachrichtungen. An den Universitäten der TWP werden hauptsächlich soziale und politische Kenntnisse, ferner Recht, Medizin, Geschichte, Agrarwissenschaft, Pädagogik, Kultur des Alltagslebens usw. unterrichtet (Trybuna Ludu, 24. Januar 1969, S. 4).

In der Tschechoslowakei ist es die sogenannte Sozialistische Akademie, welche in den einzelnen Ortschaften und territorialen Verwaltungseinheiten Kurse und Seminare sowie Abendschulen für Eltern, ferner Fragen-/Antwort-Abende organisiert. In Ungarn übernimmt diese Aufgabe ebenfalls eine staatlich unterstützte Gesellschaft (TIT). Die ungarische und tschechoslowakische Praxis entsprechen mehr oder weniger derjenigen in der Sowjetunion vor 1958.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die finanziell gut dotierten Volksuniversitäten und ähnliche Institutionen zur Volksbildung einen grossen Beitrag leisten könnten, wenn die Politisierung und Ideologisierung nicht auf Kosten der fachlichen Ausbildung immer mehr Raum gewinnen würden.

László Révész